



MILLIONÄR STEUER ALS SCHULDENBREMSE!

DIE LINKE.
T H Ü R I N G E N

www.die-linke-thueringen.de

Millionärsteuer als Schuldenbremse

Die wirtschaftliche Lage in den Thüringer Kommunen hat sich in den letzten Jahren drastisch verschärft. Mangel an Geld in unserem Lande ist jedoch nicht der Grund. Vielmehr fand in den letzten Jahren eine permanente Umverteilung der Vermögen von unten nach oben statt, gefördert durch die Regierungspolitik im Bund und den Ländern. So hat sich in den vergangenen 10 Jahren der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen um mehr als 5 Prozentpunkte reduziert. Den Thüringer Kommunen, die derzeit im Jahr rund 1,1 Milliarden EUR Steuereinnahmen haben, gehen hierdurch pro Jahr nahezu 400 Mio. EUR an Steuereinnahmen verloren.

DIE LINKE fordert deshalb u.a. die Wiedereinführung der Vermögensteuer in Form der Millionärsteuer.

Trotz der Krise ist die Zahl der Millionäre weiter gestiegen. DIE LINKE fordert deshalb eine Umverteilung des Reichtums und die Einführung einer Vermögensabgabe! Allein eine Millionärsteuer würde je nach Berechnungsgrundlage 70 bis 100 Milliarden zusätzliche Einnahmen jährlich bedeuten – Geld, das auch zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage eingesetzt werden könnte. Eine gezielte Besteuerung der hohen Vermögen ist nicht nur ein Gebot der klammern Kassen, sondern auch eines der Gerechtigkeit. Der Ausweg aus der Finanzkrise darf nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geschehen, sondern muss die wirklich Verantwortlichen zur Kasse bitten – die Banken und FinanzspekulantInnen!

Darüber hinaus fordert DIE LINKE in Thüringen eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen, so wie dies auch der Thüringer Verfassungsgerichtshof 2005 bestimmt hat.

Die für 2013 prognostizierten Steuermehreinnahmen der Gemeinden in Höhe von 123 Mio. Euro müssen weitgehend bei den Kommunen bleiben und dürfen nicht mit den Landeszuweisungen verrechnet werden.

Ebenso muss bei der Bedarfsermittlung im Kommunalen Finanzausgleich der kommunale Investitionsstau und die zu erwirtschaftenden Tilgungsleistungen der Kommunen berücksichtigt werden.

Gegenwärtig ist absehbar, dass die im Thüringer Finanzausgleichsgesetz festzuschreibende Schlüsselmasse nicht ausreicht, um die Bedarfe der Kommunen abzudecken.

In der Folge müssen die Thüringer Kommunen Leistungen reduzieren oder ganz streichen. Zeitgleich werden Gebühren und Abgaben erhöht und notwendige Investitionen in eine ungewisse Zukunft verschoben. Somit müssen die Einwohnerinnen und Einwohner die Folgen der verfehlten Landespolitik unmittelbar tragen.

Mit dieser Art von Politik muss endlich Schluss gemacht werden.

DIE LINKE.

T H Ü R I N G E N

Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt
Telefon: 0361/6011130, Fax: 0361/6011141
lgeschaefsstelle@die-linke-thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de
V.i.S.d.P. Anke Hofmann